
Neoliberalismus – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien

Rezension von: Josef Schmee, Erwin
Weissel (Hrsg.), *Die Armut des Habens.*
Wider den feigen Rückzug vor dem
Neoliberalismus, Promedia, Wien 1999,
198 Seiten, öS 218,-.

„Mehr privat, weniger Staat“ ist nicht nur eines der zentralen Motive neoliberalen Denkens, sondern so lautet auch der Titel eines kleinen Buches aus dem Jahr 1983. Einer der beiden Autoren: Wolfgang Schüssel, späterer Wirtschaftsminister, heute Bundeskanzler der Republik Österreich. Bücher haben ihre Voraussetzungen und manchmal auch ihre Folgen. Der frühere Koautor ist heute Hauptakteur einer Politik, die weitgehend dem neoliberalen Konzept verpflichtet ist. Die Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen sind radikal herausgefordert. Sie haben sich mit einem Neoliberalismus an der Macht auseinanderzusetzen und müssen ihm überzeugende Alternativen entgegensetzen.

Bücher können dafür (siehe oben) ein guter Anfang sein – möglichst einer mit Folgen, hoffen die Autorinnen und Autoren des hier vorzustellenden Bandes. Josef Schmee und Erwin Weissel stellen in der Einleitung klar, daß sich das von ihnen herausgegebene Buch nicht primär an FachökonomInnen wendet, sondern an eine möglichst breite Öffentlichkeit, an die „überwiegende Mehrheit der Menschen“, um sie „aus ihrer Irreführung herauszuholen“ und „gegen den blinden Glauben aufzurütteln, indem die AutorInnen neben einer Kritik an den herrschenden Ideen auch Alternativen zu ihnen aufzeigen.“ Die Prozesse der Deregulierung und Globalisierung sollen thematisiert und die Frage beantwortet werden, von wem und wie das neoliberale Modell „ge-

gen das Interesse der Mehrheit durchgesetzt werden“ konnte. Schmee und Weissel räumen ein, daß „viele davon schon oft gesagt und aufgezeigt“ wurde und daß sie selbstverständlich mit ihrem Buch die Bemühungen anderer fortführen. Diese Einschränkungen, wenn es sich überhaupt um solche handelt, mindern den Wert des Buches jedoch kaum, denn der Allgegenwart des neoliberalen Denkens muß mit fundierter Kritik immer wieder neu entgegengetreten werden. Nur so gibt es Aussicht, seine Hegemonie schließlich auch wieder zu überwinden.

Da die Herausgeber im Neoliberalismus zu Recht „nicht bloß ein wirtschafts- und sozialpolitisches, sondern letztlich auch ein gesellschaftspolitisches Konzept“ sehen, decken die insgesamt 13 Beiträge ein breites Themenspektrum ab, zwei Drittel davon beschäftigen sich mit – im weiteren Sinn – ökonomischen Fragen.

Die Auseinandersetzung mit den zentralen Begriffen neoliberaler Rhetorik nimmt zunächst Reinhard Pirker in seinem Beitrag auf. Er stellt fest, daß es in der neoliberalen Literatur für den Begriff des Marktes bemerkenswerte Definitionsmängel gibt und geht kurz auf die Markttheorie bei Alfred Marshall ein. Anhand einer Argumentation von Emile Durkheim in dessen Werk „Über die Teilung der sozialen Arbeit“ kritisiert Pirker die individualistische Vertrags- und (darauf fußend) Gesellschaftstheorie des Neoliberalismus bzw. Liberalismus überhaupt. Sein Schluß: „Die Einhaltung von Verträgen und damit das Funktionieren von Marktwirtschaften ist ... nur dann gewährleistet, wenn neben den individuell ausgehandelten Verträgen auch nichtvertragliche, sozial generierte Institutionen existieren sowie historisch evolvierte Verhaltensregeln („Habits and Rules“) sowie eine implizite gesellschaftliche Wertebasis (ein ‚Gemeinsinn‘) vorhanden sind, die die Unvollständigkeit von Verträgen gleichsam schließen.“ Dem

neoliberalen Prinzip "Privatisierung" setzt Pirker die Position entgegen, daß für den Erfolg von Unternehmen nicht die Eigentumsform, sondern die Qualität von Organisation und Mitarbeitermotivation entscheidend ist. Dieses Argument greift freilich insofern zu kurz, als Privatisierungsbefürworter eben gerade die These vertreten, daß für öffentliche Unternehmen Organisations-, Führungs- und Motivationsdefizite gleichsam konstitutiv sind. Es ist also dieses Argument, das theoretisch und empirisch zu widerlegen wäre.

Brigitte Unger untersucht den (von Neoliberalen immer geleugneten) wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum eines kleinen Landes wie Österreich. Der Primat der Finanzmärkte und multinationalen Konzerne gegenüber der Wirtschaftspolitik werde, so Unger, auch von Politikern der Linken immer wieder als unüberwindliches Faktum dargestellt. Unger unterscheidet in der Folge zwischen einem ökonomischen und einem politischen Handlungsspielraum. Für Österreich stellt sie fest, daß ersterer sehr gering, letzterer aber – im Sinne hoher Realisierungschancen für politische Entscheidungen – sehr groß ist. Als empirischen Beleg für diese Einschätzung führt sie den seit „Mitte der achtziger Jahre eingeschlagenen Weg vom Austro-Keynesianismus zum Austro-Neoliberalismus“ an. Unger: „In keinem anderen Land der Welt erfolgte der Abbau des Wohlfahrtsstaates unter so wenig Protest.“ Die Steuerreformen 1988 und 1993 mit der Senkung von Steuersätzen und der Abschaffung von Gewerbe- und Vermögensteuer stellen für Unger eindeutig neoliberale wirtschaftspolitische Elemente dar. Die Sparpakete 1995 und 1996 sind für Unger weitere Stationen auf dem austro-neoliberalen Weg und gelten ihr als „deutlicher Existenzbeweis eines hohen innenpolitischen Handlungsspielraums“. Unger schließt, daß diese innenpolitischen Spielräume auch für eine „linke Politik“

zu nützen gewesen wären: „Die Mittel dafür waren und sind vorhanden. Nur die politischen Akteure, denen Neoliberalismus schlaflose Nächte verursacht, sind abhanden gekommen.“ Eine neoliberale Deutung von Ungers Befund würde wohl anders lauten: etwa, daß die Handlungsfähigkeit der österreichischen Regierungen seit 1983 gerade deshalb so groß war, weil sie sich zunehmend an der neoliberalen Interpretation der Sachzwänge orientiert und vom keynesianischen Denken entfernt haben. Ungers Appell an die Politiker, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die immerhin gegebenen Spielräume für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu nützen, verdient jede Unterstützung und sollte das *Ceterum censeo* jeder Kommunikation mit Politikern sein.

Erwin Weissel entlarvt mit subtiler Argumentation die Vielzahl von Täuschungen, Widersprüchen und Einseitigkeiten in der neoliberalen Theorie und Praxis. In seinem zweiten Beitrag plädiert er für einen radikalen Umbau des Steuersystems. Ausgehend von bekannten Problemen und Paradoxien der Einkommensteuer (inklusive Lohnsteuer) tritt Weissel dafür ein, die Einkommensteuer durch eine progressive Konsumsteuer zu ersetzen, sowie eine progressive Vermögen-, Erbschafts- und Schenkungssteuer (wieder-)einzuführen. Das Nachdenken über so grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Steuersystem hält Weissel für aussichtsreicher, als ein ständiges Herumreformieren an einem in seiner problematischen Grundstruktur unveränderten System.

Die weiteren ökonomischen Beiträge (ihre bloß kurze Erwähnung bedeutet keineswegs eine geringere Schätzung, sondern ist lediglich in subjektiven Zufälligkeiten auf seiten des Rezensenten begründet): eine kritische und engagierte Analyse der gewerkschaftlichen Lohnpolitik von Josef Schmee, wo er unter anderem auf verteilungspolitische Versäumnisse und auf die Dringlichkeit einer Eu-

ropäisierung der Kollektivvertragspolitik hinweist; eine ebenso kenntnis- wie datenreiche Darstellung der aktuellen und längerfristigen Probleme des Systems der sozialen Sicherheit von Karl Wörster; ein Plädoyer für ein Grundsicherungsmodell in Verbindung mit einem „Neuentwurf der Arbeits- und Tätigkeitswelt“ von Klaus Firlei; die angesichts der gegenwärtigen Debatte um die Budgetsanierung besonders aktuelle Analyse der (gescheiterten!) neoliberalen Finanzpolitik von Franz Gall; und nicht zuletzt Gudrun Biffis gründliche Darstellung der „Mißerfolgsgeschichte“ des neoliberalen Musterstaates Neuseeland. Sie alle bieten eine Fülle von Informationen und Argumenten für die kritische Auseinandersetzung mit den neoliberalen Denk- und Politikmustern. Abgerundet wird der Band durch vier Beiträge, deren Schwerpunkt außerhalb des im engeren Sinn ökonomischen Feldes liegt. Erich Ribolits argumentiert für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff und gegen die Ausrichtung des Bildungssystems an ökonomischen Verwertungskriterien. Hans Georg Zilian setzt sich kritisch mit dem Menschen- und Gesellschaftsbild des Neoliberalismus auseinander – insbesondere mit dem Individualismus- und Freiheitsbegriff Friedrich August von Hayeks. Er schließt mit einer pessimistischen Einschätzung der Aussichten auf Überwindung der Hegemonie des Neoliberalismus, denn die „Linke“ als potentielle Gegenkraft, habe der neoliberalen Attacke derzeit nichts mehr entgegenzusetzen, sei „keine Alternative zum Neoliberalismus, sondern dessen ideale Ergänzung.“ Sepp Wall-Strasser berichtet hingegen über eine bemerkenswerte Bildungs- und Informationskampagne gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus, entwickelt und geführt von der Landesexekutive des ÖGB in Oberösterreich. Ein ermutigendes Zeichen gewerkschaftlicher Initiative!

Mit der aus strategisch-politischer Sicht besonders wichtigen Frage nach

den Ursachen für die neoliberale Hegemonie setzt sich im Eröffnungsbeitrag des Bandes Johann J. Hagen auseinander. Hagen stellt zunächst fest, daß „in der Frage der Einschätzung des Staates und des öffentlichen Bereichs in der Gesellschaft“ in den letzten Jahrzehnten ein „umfassender Auffassungswandel“ erfolgte und daß „diese Veränderungen in unser aller Denk- und Vorstellungskategorien eingedrungen sind“. Als Ursache hebt er insbesondere den Zusammenbruch des Realsozialismus hervor, dessen eigentlicher Profiteur der Neoliberalismus sei. Hagen meint, daß der Paradigmenwechsel zur neoliberalen Denkweise nicht einfach „falsches Bewußtsein, Einbildung sozusagen“ sei, sondern auf „tatsächlichen Veränderungen“ beruhe und führt als Beispiel die Privatisierungen an, die heute keiner Rechtfertigung mehr bedürfen. Hier drängt sich allerdings die Frage nach Ursache und Wirkung auf. Die Privatisierungen konnten ja wohl politisch nur legitimiert und durchgesetzt werden, weil die Zweifel am Staat als Unternehmer bereits weit verbreitet waren. Man wird hingegen nicht sagen können, daß der Privatisierungsgedanke in der Folge der realen Privatisierungen erst entstanden sei. Auch ist nicht von vornherein selbstverständlich, daß der Zusammenbruch des Realsozialismus vor allem das neoliberale Modell populär machen mußte. Warum haben sich die Öffentlichkeiten, die Bevölkerungen im Westen (jedenfalls in Europa) nicht vielmehr dem sozialdemokratisch geprägten Modell des Wohlfahrtsstaates zugewandt, das Humanität und Effizienz doch besser zu verbinden scheint als das neoliberale Konzept? Hier gibt es zweifellos offene Fragen, deren Beantwortung für die Überwindung des Neoliberalismus und die Wiedergewinnung von Legitimität für das sozialdemokratisch-europäische Wohlfahrtsmodell entscheidend ist. Die Ablöse eines bestehenden soziokulturellen Paradigmas durch ein neues hat immer

(mindestens) zwei Triebkräfte: die Attraktivität des neuen und das Ungenügen, die Diskreditierung des bestehenden. Die Wirkung beider Faktoren für den Wechsel zum Neoliberalismus herauszuarbeiten wäre ebenso Aufgabe einer weiterführenden Analyse, wie eine differenzierte Untersuchung der Rolle einzelner Akteure (Wissenschaftler, Verbände, Bürokratie, Regierungen, Medien...) eines solchen Paradigmenwechsels

sowie der von ihnen repräsentierten Interessen.

Alles in allem bietet der vorliegende Band viele Voraussetzungen zur kritischen Orientierung in der veränderten politischen Landschaft Österreichs, und der engagierte Ton seiner Beiträge kann als wirksames Mittel gegen resignative Neigungen nur empfohlen werden.

Michael Kollmer